

An die Mitglieder  
des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung,  
Antidiskriminierung und Bürger\*innenbeteiligung

**Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Anti-  
diskriminierung und Bürger\*innenbeteiligung**

Geschäftsführung: Ansgar Rohner  
Telefon: 06421 201-2005  
E-Mail: ansgar.rohner@marburg-stadt.de  
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12  
Uhr Donnerstag von 15 – 18 Uhr  
und nach Vereinbarung

Marburg, 14.03.2023

## Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und  
Bürger\*innenbeteiligung (öffentlich)** am

**Donnerstag, dem 23.03.2023, 16:30 Uhr,**

**Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg**

lade ich Sie ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.02.2023
- 3 Vierte Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg VO/1178/2023
- 4 Kenntnisnahmen

**Bitte beachten Sie  
den geänderten  
Sitzungsort!**

4.1 Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zur Sozial- und Schuldnerberatung  
im Stadtgebiet Marburg VO/1113/2023

5 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen  
gez.

Roland Böhm

## Niederschrift

### Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger\*innenbeteiligung (öffentlich)

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 16.02.2023  
**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:18 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Roland Böhm - Marburger Linke	
-------------------------------	--

##### reguläre Mitglieder

Myriam Hövel - SPD	Vertretung für: Erika Lotz-Halilovic
Winfried Kissel - CDU	
Jelena Noe - CDU	
Lena Frewer - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	

##### Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Kirsten Dinnebier - SPD	

##### Protokollführung

Ansgar Rohner -	
-----------------	--

#### Abwesend

#### reguläre Mitglieder

Erika Lotz-Halilovic - SPD	entschuldigt
Phillip Knaack - CDU	entschuldigt
Birgit von Bargaen - CDU	entschuldigt
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	entschuldigt

#### beratende Mitglieder

Matthias Pozzi - AfD	entschuldigt
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	entschuldigt
Dietmar Göttling -	entschuldigt

#### Magistratsmitglieder

Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	entschuldigt
Dr. Michael Kopatz -	entschuldigt

#### Protokollführung

Peter Schmidt -	entschuldigt
-----------------	--------------

#### Gäste:

Frau Abanda, Frau Meier, Frau Röger (Seniorenbeirat), Frau Vaupel (Tafel e.V.), Herr Conrad, Herr Jansen, Herr Rink

# Protokoll

Öffentlicher Teil

---

## zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

---

## zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022

---

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

## zu 3 Anträge der Fraktionen

---

### zu 3.1 Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, Marburger Linke und CDU/FDP/BfM betr. Fachtag über die aktuelle soziale und wirtschaftliche Situation VO/1146/2023

---

Herr Farah stellt die Vorlage vor.

Frau Dinnebier begrüßt die Einigung auf einen gemeinsam formulierten Antrag. Eine Realisierung der Fachtagung sei nicht vor dem Sommer zu erwarten. Frau Röger berichtet, dass der Seniorenbeirat bereits eine Arbeitsgruppe gebildet habe.

Das Gremium befürwortet die Vorlage einstimmig.

---

**zu 3.2 Antrag der Fraktionen Marburger Linke und CDU/FDP/BfM betr. Anhörung zu Hilfsmaßnahmen für Menschen in prekären Lebenslagen**

**VO/1155/2023**

---

Herr Böhm stellt die Vorlage vor.

Es schließt sich eine Diskussionsrunde an, in der heftige Kritik über das Vorgehen geübt wird. Der Vorsitzende weist die Kritik entschieden zurück. Frau Dinnebier stellt klar, dass es zwar zulässig sei, den Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen. Für die Durchführung der beantragten Anhörung fehle es aber an der Legitimation durch die Stadtverordnetenversammlung. Im Übrigen habe die Verwaltung bereits einen Info-Flyer bzgl. steigender Energiekosten und Soziale Leistungen und Beratungsangebote entwickelt, welcher an alle Haushalte und erwachsene Personen verschickt werden soll.

Daraufhin folgt ein Antrag auf Sitzungsunterbrechung durch die CDU-Fraktion, dem zugestimmt wird. Die Sitzung wird daraufhin um 16:58 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird um 17:04 Uhr fortgesetzt. Der Vorsitzende schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, um der Tafel e.V. Gelegenheit zu geben, kurz zur aktuellen Situation zu berichten. Wenn diesem so zugestimmt werden könne, würde der Antrag im Anschluss zurückgezogen werden.

Das Gremium schließt sich dieser Vorgehensweise an. Es folgt eine erneute Sitzungsunterbrechung um 17:07 Uhr.

Die Sitzung wird um 17:17 Uhr fortgesetzt. Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen.

---

**zu 4 Kenntnisnahmen**

---

---

**zu 5 Verschiedenes**

---

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Marburg, 21.02.2023

Vorsitz:

Protokoll:

---

Roland Böhm

---

Ansgar Rohner



<b>Beschlussvorlage</b>	Vorlagen-Nr.:	<b>VO/1178/2023</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	06.03.2023
<b>Dezernat:</b>	I	
<b>Fachdienst:</b>	72 - Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung	
<b>Sachbearbeitung:</b>	Dr. Newiger-Addy, Griet	

<b>Beratungsfolge</b>		
<b>Gremium:</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Sitzung ist</b>
Magistrat	Vorberatung	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Erörterung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

#### **Vierte Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg**

##### **Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die beigefügte vierte Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg zu wichtigen Vorhaben des Magistrats gemäß Punkt 4.1.1 Vorhabenliste des Marburger Konzepts zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Marburg (VO/6449/2018) fest. Mit der Beschlussfassung zur Vorhabenliste nimmt die Stadtverordnetenversammlung die aufgeführten Vorhaben des Magistrats zur Kenntnis. Sie begrüßt die durch diese frühzeitige Information entstehende Transparenz bei der Vorbereitung und Planung wichtiger Vorhaben der Verwaltung.

##### **Sachverhalt**

Die Vorhabenliste ist eine der Maßnahmen des Konzepts zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, das die Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2018 beschlossen hat. Dort heißt es unter Ziffer 4.1.1 Vorhabenliste: „Um Einwohner\*innen frühzeitig über wichtige Planungen der Verwaltung zu informieren, wird eine Vorhabenliste erstellt. Gleichzeitig wird mit der Vorhabenliste Transparenz über Beteiligungsmöglichkeiten und – verfahren für die Einwohner\*innen

hergestellt.“

Dementsprechend handelt es sich bei der Vorhabenliste um eine Übersicht über alle bedeutenden Vorhaben der Verwaltung. Die Vorhabenliste enthält zudem Informationen dazu, inwieweit bei einzelnen Vorhaben die Durchführung einer gesetzlichen, d.h. formellen, oder einer freiwilligen Bürger\*innenbeteiligung vorgesehen ist. Die Vorhabenliste wird von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2018, VO/6449/2018).

Um das Verfahren zur Einführung und der Erstellung der Vorhabenliste zu regeln, hat der Magistrat Leitlinien zu ihrer Einführung entwickelt. Demnach stellen die Fachdienste sowie die Koordinatoren der Lenkungsgruppen, die Stadtwerke Marburg, die GeWoBau Marburg / Lahn und die Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg Informationen zu wichtigen Vorhaben in Form von Steckbriefen zusammen. Diese Steckbriefe werden von den der Stabsstelle 72 - Bürger\*innenbeteiligung in einem Sammeldokument zusammengestellt.

Im Anschluss wird die Vorhabenliste dem Magistrat sowie der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Es versteht sich von selbst, dass die Feststellung der Vorhabenliste als Instrument der frühzeitigen Information der Bürger\*innen über Vorhaben des Magistrats keinen inhaltlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu den einzelnen Vorhaben darstellt oder zukünftige Beschlüsse zu Vorhaben und ihrer möglichen Umsetzung der Stadtverordnetenversammlung präjudiziert, sondern den Vorbereitungsstand des Magistrats dokumentiert.

Nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung werden die Vorhaben auf der Online-Beteiligungsplattform der Universitätsstadt Marburg ([www.marburgmachtmit.de](http://www.marburgmachtmit.de)) veröffentlicht. Die Vorhaben können dort nach Themen und Stadtteilen gefiltert werden. Die Vorhabenliste wird jährlich aktualisiert.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

### **Finanzielle Auswirkungen**

keine

### **Anlage/n**

- 1 2023\_2\_20\_Vierte\_Erweiterung\_Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg



## **Vierte Erweiterung der Vorhabenliste der Universitätsstadt Marburg**

**Oktober 2022**

Zusammenstellung der von den Fachdiensten, Lenkungsgruppen, Stadtwerke Marburg, GeWoBau Marburg / Land und Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg erstellten Steckbriefe durch Stabsstelle 72 - Bürger\*innenbeteiligung sowie Liste der Aktualisierungen von Vorhaben der Vorhabenliste

### **Einleitung**

Die Vorhabenliste ist eine der Maßnahmen des Konzepts zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, das die Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2018 beschlossen hat. Die Leitlinien zu ihrer Einführung wurden vom Magistrat im April 2019 beschlossen und Ende Mai 2019 von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen (VO/6777/2019).

Bei der Vorhabenliste handelt es sich um eine Übersicht aller bedeutenden Vorhaben der Verwaltung. Die Vorhabenliste enthält zudem Informationen dazu, inwieweit bei einzelnen Vorhaben die Durchführung einer freiwilligen Bürger\*innenbeteiligung vorgesehen ist.

**Nach Beratungen in der erweiterten Dezernentenrunde, dem Magistrat sowie der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung werden die Vorhaben auf der Online-Beteiligungsplattform der Universitätsstadt Marburg ([www.marburgmachtmit.de](http://www.marburgmachtmit.de)) veröffentlicht. Die Vorhaben können dort nach Themen und Stadtteilen gefiltert werden.**

**Auswertungen der Nutzung der Vorhabenliste auf der Beteiligungsplattform zeigen, dass immer mehr interessierte Marburger\*innen die Vorhabenliste zur Information über Verwaltungshandeln nutzen. 2021 gab es 990 eindeutige Seitenansichten auf der Überblicksseite (<https://marburgmachtmit.de/topic/vorhabenliste>) und ca. 2500 eindeutige Seitenansichten von einzelnen Vorhaben.**

Gute Beteiligung setzt eine frühzeitige Information der Marburger\*innen über wichtige Vorhaben der Stadtverwaltung voraus. Die Erstellung und Pflege der Vorhabenliste ist daher ein wichtiger Bestandteil des Beteiligungskonzepts. Die Vorhaben werden in Form von Steckbriefen möglichst frühzeitig und rechtzeitig in die Vorhabenliste aufgenommen.

**Folgende Kriterien müssen bei Vorhaben erfüllt sein, die auf die Liste kommen:**

- a. Die Zuständigkeit für das Vorhaben liegt bei der Stadtverordnetenversammlung oder dem Magistrat;

- b. Die Stadt hat Gestaltungsspielraum beim Vorhaben.

**Folgende Vorhaben müssen auf der Vorhabenliste erscheinen:**

- a. Vorhaben, bei denen die Verwaltung eine freiwillige Bürger\*innenbeteiligung vorschlägt.

**Folgende Vorhaben sollen auf der Liste erscheinen:**

- a. Vorhaben, bei denen eine größere Zahl der Einwohner\*innen eines Stadtteils oder der Gesamtstadt betroffen sind;
- b. Vorhaben, die ein Investitionsvolumen von 1 Mio. Euro erreichen oder überschreiten;
- c. neugestaltende oder strukturbildende städtebauliche Vorhaben;
- d. stadtbildprägende und stadtbildbeeinflussende Bauvorhaben, die aufgrund ihrer Bedeutung auch im Denkmal- und Gestaltungsbeirat behandelt werden können (Soweit rechtlich möglich kann dies auch Projekte der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, der Universität, der Glaubensgemeinschaften oder privater Investoren umfassen);
- e. Planungen für Straßen, die überwiegend dem Durchgangsverkehr dienen;
- f. große Vorhaben, die Grünflächen und Stadtparks betreffen;
- g. große Vorhaben, die Naherholungsgebiete oder Naturschutzgebiete betreffen und bei denen Auswirkungen auf die Umwelt erwartet werden;
- h. neue, größere Planungen und grundlegende strukturbildende Projekte in den Bereichen Altenplanung, Bildung, Inklusion, Gleichberechtigung, Klima und Naturschutz, Kultur, Kinder und Jugend, Migration, Soziales, Sport, usw.
- i. Vorhaben, bei denen ein größeres öffentliches Interesse vermutet werden kann oder vorhanden ist.

**Folgende Vorhaben sollen nicht in die Vorhabenliste aufgenommen werden:**

- a. Interne Angelegenheiten der Verwaltung (z. B. Anschaffung verwaltungsinterner Software)
- b. Personalentscheidungen
- c. Vorhaben, die eine Nichtöffentlichkeit erfordern
- d. Vorhaben, die aufgrund ihrer Dringlichkeit eine schnelle Umsetzung erfordern. Diese Vorhaben sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt in die Vorhabenliste aufzunehmen

**Aktualisierungen von Vorhaben finden sich zu Beginn dieser Liste. Sie werden werden ohne vorherige Beratung online gestellt und sind dann einsehbar unter [www.marburgmachtmit.de](http://www.marburgmachtmit.de).**

Die Vorhabenliste wird einmal jährlich aktualisiert und erweitert durch eine Anfrage der Stabsstelle Bürger\*innenbeteiligung an die Fachdienste, die Koordinatoren der Lenkungsgruppen sowie die Stadtwerke Marburg, die GeWoBau Marburg / Lahn und

die Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg. Dabei wird das Verfahren möglichst an das Haushaltsverfahren angekoppelt.

Die Stabsstelle Bürger\*innenbeteiligung bittet Verwaltung, Politik und Bürger\*innen um Hinweise und Rückmeldungen, falls Abläufe nicht gut funktionieren oder es Verbesserungsvorschläge gibt.

## Inhalt

Aktualisierungen von Vorhaben .....	4
Archivierung beendeter Vorhaben .....	6
Stabsstellen.....	7
Stabsstelle 72 - Bürger*innenbeteiligung: .....	7
Stadtlabor Richtsberg.....	7
Fachbereich 1 .....	9
19 – Fachdienst Digitalisierung .....	9
eGovernment Service- und Analyse Dashboard.....	9
Fachbereich 2 .....	12
Fachdienst 16 – Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung .....	12
Umsetzung des Dritten Marburger Aktionsplans für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene.....	12
Fachbereich 3 .....	15
Fachbereich 4 .....	15
Fachbereich 5 .....	15
Fachbereich 6 .....	15
Fachdienst 61 – Stadtplanung und Denkmalschutz .....	15
Klimagerechte Umgestaltung des öffentlichen Raums um den Lutherischen Kirchhof, der Kugelgasse und des Rübensteins .....	15
Bebauungsplan "Gewerbegebiet Görzhäuser Hof III" .....	17
Fachdienst 65 Hochbau .....	19
Fachdienst 66 Tiefbau .....	19
Lenkungsgruppen.....	19
GeWoBau - Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg/Lahn.....	19
Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg.....	19
Stadtwerke Marburg GmbH.....	19

## Aktualisierungen von Vorhaben

(online einsehbar auf [www.marburgmachtmit.de](http://www.marburgmachtmit.de)):

### Stabsstellen und Fachdienste außerhalb von Fachbereichen

#### **Stabsstelle 15: Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Statistik:**

Gesamtstädtisches Mobilitäts- und Verkehrskonzept (MoVe35), Umsetzung Zukunftskonzept Oberstadt

**Stabsstelle 72 - Bürger\*innenbeteiligung:** Mehrgenerationenplatz Wehrda, Pilotprojekt Stadtteifonds, Handlungskonzept für Dialog und Vielfalt

**Fachdienst Kultur 41:** Bedarfsprüfung Theaterneubau, Nachhaltige Kulturentwicklungsplanung

## **Fachbereich 2**

**Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung 16:** Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen

**Fachdienst 42: Sport:** Spielfeld für Blindenfußball, Prüfung Lückenschluss zw. Halle kaufmännische Schule und Georg-Gaßmann-Halle, Prüfung des Baus einer Sporthalle auf dem Gelände der Elisabethschule, Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes, Prüfung des Baus einer Sporthalle mit Vereinsräumen in Michelbach am Wall

**Gesunde Stadt 7.1:** KOMBINE (Kommun. Bewegungsförderung z. Implementierung Nationaler Bewegungsempfehlungen) / In Kooperation mit FD Sport 42

## **Fachbereich 3**

Fachdienst 32: Gefahrenabwehr und Gewerbe: KOMPASS-Kooperation

## **Fachbereich 4**

**Altenplanung 17:** Gemeinsam in Cappel, Gut Älterwerden in Marburg III

## **Fachbereich 5**

**Fachdienst 58 – Kinderbetreuung:** Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)

## **Fachbereich 6**

**Fachdienst 61 – Stadtplanung und Denkmalschutz:** Marburger Konzeptverfahren für Gemeinschaftliches Wohnen, Bebauungsplan Franz-Tuczek-Weg / Capper Straße/Frauenbergstraße (Sparkasse), Bebauungsplan Rosenstraße, Bebauungsplan Blaue Straße, Bebauungsplan Michelbach – Seniorenquartier am Lindenplatz, Platzgestaltung Schützenstraße / Ortenbergsteg, Bebauungsplan Hasenkopf, Bebauungsplan Wohnquartier Oberer Rotenberg mit Nahversorger, Rahmenplanung Beltershäuser Straße, Städtebauförderprogramm "Lebendige Zentren": südwestliche Oberstadt

**Fachdienst 65 – Hochbau:** Neubau Feuerwehr Wehrshausen, Bildungsbauprogramm (BiBap2), Wohnungslosenhilfe (vorher Vorhaben Neubau Wohnungslosenunterkunft), Sanierung und Erweiterung Familienzentrum Unter dem Gedankenspiel (Kindertagesstätte), Teilneubau Erich-Kästner-Schule, Neubau Nachbarschaftszentrum Waldtal, Neubau Familienzentrum Ockershausen/Stadtwald, Neubau Feuerwehrhaus Cappel mit Trainingszentrum, Nutzung der stadteigenen Dachflächen zur Stromerzeugung mittels Photovoltaikanlagen

**Fachdienst 66 - Tiefbau:** Neue Kasseler Straße, Ausbau Deutschhausstraße, Universitätsstraße, Rad-/Gehweg über Wirtschaftsweg Dagobertshausen, Barrierefreier Ausbau des Südbahnhofs, Wasserkraftanlage Lohmühle, Bunsenbrücke, Knotenpunkt am Kaufmarkt, Sanierung Grüner Wehr

**Fachdienst 69 – Umwelt, Klima, Naturschutz, Fairer Handel:** Klima-Aktionsplan 2030, Klimawandel in Marburg

**Gewobau:** Vinzi Dorf Marburg, Stauffenbergstraße

**Stadtwerke Marburg GmbH:** Planfeststellungsverfahren zur Umstellung ausgewählter Buslinien auf den Betrieb von Batterie-Oberleitungsbussen, Ausbau Nahverkehrsangebot

## Archivierung beendeter Vorhaben

(online einsehbar auf <https://marburgmachtmit.de/topic/vorhabenliste-archiv#pageid=undefined&sort=random&status=show&attribute=random&title=&attribute936=&attribute956=> )

### Stabsstellen

Stadtjubiläum Marburg 800

**Stabsstelle 15: Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Statistik:**  
Leerstandsmelder für Gewerbeflächen

### Fachbereich 2

**Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung 16:** EU-Projekt:  
Marburg ohne Partnergewalt; Umsetzung 2. Marburger Aktionsplan Europäische Charta für die Gleichstellung

### Fachbereich 4

Sozialplanung: Zweiter Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention 2022

### Fachbereich 5

### Fachbereich 6

**Fachdienst 66 - Tiefbau:** Erneuerung eines Teilstücks der Gutenbergstraße

**Fachdienst 61 – Stadtplanung und Denkmalschutz:** Bebauungsplan 6/7  
Zimmermannstraße/Eisenstraße

**Fachdienst 69 – Umwelt, Klima, Naturschutz, Fairer Handel:** Klimaanpassungskonzept der Universitätsstadt Marburg

**Gewobau:** Wohnprojekt Poitierstraße, Wohnungsbau Friedrich-Ebert-Straße 1a, Altenpflegezentrum und Begegnungsstätte Sudetenstraße, Wohnungsbau Försterweg

## Stabsstellen

### Stabsstelle 72 - Bürger\*innenbeteiligung:

Titel des Vorhabens	Stadtlabor Richtsberg
1. Zuständiger FD	Federführung: 72 - Bürger*innenbeteiligung  Weiterer Fachdienst: 41 - Kultur  Weitere Fachdienste: Fachbereich Soziales und Wohnen, Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz, Gewobau
2. Schwerpunktthemen (für die Suchfunktion auf der Beteiligungsplattform)	<input checked="" type="checkbox"/> Bauen / Wohnen / Stadtplanung <input checked="" type="checkbox"/> Kultur <input type="checkbox"/> Digitalisierung <input type="checkbox"/> Wirtschaft / Arbeit <input type="checkbox"/> Schule / Bildung <input type="checkbox"/> Jugend / Familie / Kinderbetreuung <input type="checkbox"/> Freizeit / Sport <input type="checkbox"/> Migration <input type="checkbox"/> Gleichberechtigung <input checked="" type="checkbox"/> Bürger*innenbeteiligung <input type="checkbox"/> Mobilität / Verkehr <input type="checkbox"/> Umwelt / Klima / Grünflächen <input type="checkbox"/> Sicherheit / Ordnung <input checked="" type="checkbox"/> Soziales / Altenplanung / Menschen mit Behinderung / Gesundheit
3. Betroffenes Gebiet	Richtsberg
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	Das Projekt „Stadtlabor Richtsberg“ versteht sich als eine „Werkstatt für ein gutes Zusammenleben“ am Richtsberg. Es bringt Menschen zusammen, die

	<p>Wünsche und Ideen für das Zusammenleben am Richtsberg haben. Ein Teil der Ideen kann in gemeinsamen Projekten schon in diesem Jahr umgesetzt werden. Andere Vorschläge sollen in zukünftige städtische Planungen für den Richtsberg einfließen.</p> <p>Mit dem Projekt Stadtlabor Richtsberg soll ein neuer Weg zur Förderung der Quartiersintegration und sozialen Stadtentwicklung im sozial und kulturell heterogenen Stadtteil Richtsberg beschritten werden unter Einbeziehung von kreativen Methoden und Ansätzen.</p> <p>Kommunikative Ziele sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sichtbarmachung des Richtsberg und seiner Bevölkerung</li> <li>• Aktivierung</li> <li>• Vernetzung und gegenseitiges Verständnis stärken</li> <li>• Verständnis für städtebauliche Prozesse stärken</li> </ul> <p>Mit dem Stadtlabor Richtsberg sollen über Verfahren aus dem künstlerischen Bereich Bewohner*innen für eine niedrigschwellig angesetzte Mitwirkung gewonnen werden, die durch andere Beteiligungsverfahren nur schwer erreicht werden können. Zudem plant die Universitätsstadt Marburg für den Richtsberg die Aufnahme in das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ zu beantragen. Das Stadtlabor dient auch dazu, in einem innovativen Beteiligungsformat einen Beitrag zur Vorbereitung zu leisten.</p> <p>Zudem sollen mit dem Format verschiedene Ziele der Kulturarbeit am Richtsberg umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Partizipative Erstellung eines Kulturproduktes</li> <li>• Vernetzung des FD Kultur mit Akteuren am Richtsberg und sozialen Trägern</li> <li>• Vernetzung und verstärkte Förderung von Kulturschaffenden aus Marburg mit Einwanderungsgeschichte</li> <li>• Erkennung von Bedarfen der Richtsberger*innen im Kulturbereich (Kulturangebote, Wege zur Kultur) sowie Stärkung der Bereitschaft von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, Kulturangebote wahrzunehmen</li> <li>• Entwicklung eines Prototyps „Stadtlabor“ als mögliche Vorbereitung auf dem Weg zu einem Stadtmuseum</li> </ul>
--	---

5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	Das Stadtlabor Richtsberg startete mit einem Auftakt im November 2022 und wird 2023 durch eine Reihe von Workshops, Veranstaltungen, Projekten und Aktionen fortgeführt. Eine Präsentation der Projektergebnisse ist für den 30.9.2023 geplant. Es wird angestrebt, dass sich Projekte, die sich nachhaltig im Stadtteil verankern können und auf einen Bedarf treffen, über 2023 hinaus fortgeführt werden. Beteiligungsergebnisse sollen ebenfalls in den Folgejahren umgesetzt werden.
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	350.000 Euro
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	VO/0784/2022
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Keine
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Vielfältige Formate der Beteiligung wie Foren, Workshops, Kreativformate
10. Ansprechpartner*in  Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung: Carina Bangert (carina.bangert@marburg-stadt.de); Rebecca Richter (rebecca.richter@marburg-stadt.de) Fachdienst Kultur: Nils Böttner (nils.boettner@marburg-stadt.de)  <a href="https://marburgmachtmit.de/topic/stadtlaborrichtsberg">https://marburgmachtmit.de/topic/stadtlaborrichtsberg</a>

## Fachbereich 1

### 19 – Fachdienst Digitalisierung

<b>Titel des Vorhabens</b>	<b>eGovernment Service- und Analyse Dashboard</b>
11. Zuständiger FD	Federführung: 19 - Digitalisierung

	<p>Weiterer Fachdienst: 11 - Technische Dienste</p> <p>Weitere Fachdienste: Alle Fachdienste mit ein Online-Service Angebot</p>
<p>12. Schwerpunktthemen (für die Suchfunktion auf der Beteiligungsplattform)</p>	<p><input type="checkbox"/> Bauen / Wohnen / Stadtplanung</p> <p><input type="checkbox"/> Kultur</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Digitalisierung</p> <p><input type="checkbox"/> Wirtschaft / Arbeit</p> <p><input type="checkbox"/> Schule / Bildung</p> <p><input type="checkbox"/> Jugend / Familie / Kinderbetreuung</p> <p><input type="checkbox"/> Freizeit / Sport</p> <p><input type="checkbox"/> Migration</p> <p><input type="checkbox"/> Gleichberechtigung</p> <p><input type="checkbox"/> Bürger*innenbeteiligung</p> <p><input type="checkbox"/> Mobilität / Verkehr</p> <p><input type="checkbox"/> Umwelt / Klima / Grünflächen</p> <p><input type="checkbox"/> Sicherheit / Ordnung</p> <p><input type="checkbox"/> Soziales / Altenplanung / Menschen mit Behinderung / Gesundheit</p>
<p>13. Betroffenes Gebiet</p>	<p>Marburg gesamt</p>

<p>14. Inhaltliche Kurzbeschreibung</p> <p><i>(Ziele und Gegenstand des Vorhabens: Bitte nicht mehr als 1500 Zeichen)</i></p>	<p>Im Rahmen der OZG-Umsetzungen (Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen) wird eine Vielzahl von Online-Services in kurzer Zeit bei sehr vielen Kommunen in Betrieb genommen. Über die Nutzungshäufigkeit der einzelnen Leistungen, ggf. Nutzungsabbrüche, Zahlungsarten und genutzten Authentifizierungsarten sind allerdings keine Informationen verfügbar. Auch haben die nachnutzenden Kommunen aktuell keine Möglichkeit, Auswertungen für EfA-Leistungen in OZG-Plattformen durchzuführen. Zur besseren Steuerung der OZG-Services und um eine stetige Qualitäts- und Optimierungskontrolle in den Online-Services/ Interaktionen sicherstellen zu können, sind Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten von elementarem Interesse für die Kommunen. Das Vorhaben „eGovernment Service- und Analyse-Dashboard“ (eGovSAD) hat die Intention im Rahmen von Nutzungskennzahlen, Nutzungs-Feedback und Web-Nutzungsanalysen zu generieren und Self-Service-Reports für Verwaltungsmitarbeitende über alle Online-Services erstellen zu können. Das Vorhaben eGovSAD hat für alle hessischen Kommunen Modellcharakter und das Transferpotential zur Übertragbarkeit auf weitere Kommunen ist mit der Einbindung des zentralen IT-Dienstleisters ekom21 für alle hessischen Kommunen absolut sichergestellt.</p>
<p>15. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)</p>	<p>Förderprojekt von 01.12.2021 bis 31.11.2023</p>
<p>16. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens</p>	<p>Gesamtkosten bis zu 800.000 Euro, darunter bis zu 720.000 Euro Fördermittel durch das Land Hessen, Digital Ministerin im Programm Smarte Regionen. Bis zu 80.000 Euro tragen die Partnerkommunen aus digitale Kommune@Hessen. Die Stadt Marburg, als einer der Partner, trägt hieraus 25.000 Euro.</p>
<p>17. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris</p>	<p>Magistratsbeschluss</p>
<p>18. Formelle Bürger*innenbeteiligung</p>	<p>keine</p>
<p>19. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung</p>	<p>keine</p>

<p>20. Ansprechpartner*in</p> <p>Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail</p>	<p>FD 19 - Digitalisierung Frau Dr. Karen Verbist Tel.: 06421 201 1426 digital@marburg-stadt.de Link: <a href="https://digital.marburg.de">https://digital.marburg.de</a></p>
--	---

## Fachbereich 2

### Fachdienst 16 – Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung

Titel des Vorhabens	Umsetzung des Dritten Marburger Aktionsplans für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
1. Zuständiger FD	<p>Federführung:</p> <p>16 Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung</p> <p>Weitere Fachdienste:</p> <p>Mitwirkung von 27 städtischen Fachdiensten in allen Fachbereichen und 34 Vereinen, Initiativen oder Kooperationspartner*innen der Stadtgesellschaft</p>
2. Schwerpunktthemen (für die Suchfunktion auf der Beteiligungsplattform)	<p><input checked="" type="checkbox"/> Bauen / Wohnen / Stadtplanung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Kultur</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Digitalisierung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft / Arbeit</p> <p><input type="checkbox"/> Schule / Bildung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Jugend / Familie / Kinderbetreuung</p> <p><input type="checkbox"/> Freizeit / Sport</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Migration</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Gleichberechtigung</p> <p><input type="checkbox"/> Bürger*innenbeteiligung</p> <p><input type="checkbox"/> Mobilität / Verkehr</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Umwelt / Klima / Grünflächen</p>

	<input checked="" type="checkbox"/> Sicherheit / Ordnung <input checked="" type="checkbox"/> Soziales / Altenplanung / Menschen mit Behinderung / Gesundheit
3. Betroffenes Gebiet	Marburg gesamt
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	<p>Ziel der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene ist es, flächendeckend in Europa die gleichen Handlungsansätze der Gleichstellungspolitik einzusetzen und damit der Gleichstellungspolitik eine stärkere Schubkraft und Akzeptanz zu sichern. Der Dritte Aktionsplan wird im Oktober 2022 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Er hat eine Laufzeit von 3 Jahren (2023-2025) und beinhaltet 47 Maßnahmen in den Schwerpunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeit gegen geschlechterbezogene Gewalt</li> <li>- Erwerbsbeteiligung</li> <li>- Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbetrieb</li> <li>- Geschlechtersensible Arbeit mit Kindern und Jugendlichen</li> <li>- Geschlechterspezifische Medizin und Gesundheit</li> <li>- Klimaschutz unter Geschlechterperspektive</li> <li>- Politische Beteiligung von Frauen</li> <li>- Queeren Themen</li> <li>- Stadt als Arbeitgeberin</li> <li>- Teilhabe von Frauen mit Beeinträchtigungen</li> <li>- Teilhabe von Frauen mit Migrationsgeschichte</li> <li>- Wohnen, Wohnungslosigkeit, Obdachlosigkeit</li> </ul>
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	<p>Nach Beschlussfassung des Dritten Aktionsplans werden die Maßnahmen durch die jeweils federführenden Fachdienste umgesetzt. Das Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung legt Ende 2024 einen Zwischenbericht über den Umsetzungsstand vor. Die Ergebnisse und Wirkungen des Dritten Marburger Aktionsplans EU-Charta werden 2025 ausgewertet und dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung berichtet. Auf dieser Grundlage wird - parallel zur Erstellung des Abschlussberichts für den Dritten Aktionsplan - der ab 2025 folgende Aktionsplan erarbeitet.</p>
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Es handelt sich um eine umfassende Aufgabe. Für deren konsequente Umsetzung werden in der Zukunft

	<p>Haushaltsmittel benötigt, die im Einzelfall im Rahmen der haushaltspolitischen Entscheidungen bzw. durch entsprechende Beschlussfassungen der Gremien (gesonderte Magistratsvorlagen) einzuplanen sind.</p> <p>Die geplanten Gesamtkosten belaufen sich für die Haushaltsjahre 2023-2025 auf rund 535.150 Euro.</p>
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	<p>Beschluss zur Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch Stadtverordnetenversammlung: 27.06.2014 VO/3204/2014 zur Magistratsvorlage: <a href="https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=12147">https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=12147</a></p> <p>Beschluss Erster Marburger Aktionsplan EU-Charta durch Stadtverordnetenversammlung: 31.03.2017 VO/5428/2017 zur Magistratsvorlage: <a href="https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14354">https://www.marburg.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=14354</a></p> <p>Kenntnisnahme Zwischenbericht zum Umsetzungsstand des Ersten Marburger Aktionsplans EU-Charta durch Stadtverordnetenversammlung: 23.03.2018 VO/6127/2018 zur Magistratsvorlage: <a href="https://www.marburg.de/allris/to020.asp?TOLFDNR=78526">https://www.marburg.de/allris/to020.asp?TOLFDNR=78526</a></p> <p>Kenntnisnahme Abschlussbericht zum Zweiten Marburger Aktionsplan EU-Charta durch Stadtverordnetenversammlung: 24.06.2022 VO/0658/2022 Zur Magistratsvorlage: <a href="https://www.marburg.de/allris/vo020?VOLFDNR=1000886&amp;refresh=false">https://www.marburg.de/allris/vo020?VOLFDNR=1000886&amp;refresh=false</a></p>
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	<p>Die EU-Charta legt als einen Grundsatz die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen fest, ohne die Art der Beteiligung näher zu konkretisieren. Die Erarbeitung fand unter Beteiligung von Fachpersonen aus der Stadtverwaltung und Akteur*innen aus der Stadtgesellschaft statt.</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung bestimmter Maßnahmen ist Bürger*innenbeteiligung vorgesehen. Geeignete Beteiligungsformate werden mit den jeweiligen Projektleitungen abgestimmt.</p>

10. Ansprechpartner*in	<p>Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung Dr. Christine Amend-Wegmann 06421/201 1909 christine.amend-wegmann@marburg-stadt.de</p> <p>Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung Laura Griese 06421/201 1046 laura.griese@marburg-stadt.de</p> <p>Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung Ann-Kathrin Dreyer 06421/201 1565 ann-kathrin.dreyer@marburg-stadt.de</p> <p><a href="http://www.marburg.de/eu-charta">www.marburg.de/eu-charta</a></p>
------------------------	---

**Fachbereich 3**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**Fachbereich 4**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**Fachbereich 5**

Keine Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**Fachbereich 6****Fachdienst 61 – Stadtplanung und Denkmalschutz**

<b>Titel des Vorhabens</b>	<b>Klimagerechte Umgestaltung des öffentlichen Raums um den Lutherischen Kirchhof, der Kugelgasse und des Rübensteins</b>
1. Zuständiger FD	<p>Federführung: 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz</p> <p>Weiterer Fachdienst: 72 - Bürger*innenbeteiligung</p>

<p>2. Schwerpunktthemen (für die Suchfunktion auf der Beteiligungsplattform)</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> Bauen / Wohnen / Stadtplanung</p> <p><input type="checkbox"/> Kultur</p> <p><input type="checkbox"/> Digitalisierung</p> <p><input type="checkbox"/> Wirtschaft / Arbeit</p> <p><input type="checkbox"/> Schule / Bildung</p> <p><input type="checkbox"/> Jugend / Familie / Kinderbetreuung</p> <p><input type="checkbox"/> Freizeit / Sport</p> <p><input type="checkbox"/> Migration</p> <p><input type="checkbox"/> Gleichberechtigung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Bürger*innenbeteiligung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Mobilität / Verkehr</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Umwelt / Klima / Grünflächen</p> <p><input type="checkbox"/> Sicherheit / Ordnung</p> <p><input type="checkbox"/> Soziales / Altenplanung / Menschen mit Behinderung / Gesundheit</p>
<p>3. Betroffenes Gebiet</p>	<p>Altstadt</p>
<p>4. Inhaltliche Kurzbeschreibung</p>	<p>Die beabsichtigten Maßnahmen umfassen den Lutherischen Kirchhof, die zuführende Kugelgasse und den Rübenstein. Neben der Reduzierung von Barrieren, der verbesserten Zugänglichkeit der Lutherischen Kirche und des Kerners liegt ein weiterer Planungsschwerpunkt in der Verortung von Maßnahmen zur Wasserrückhaltung, Entsiegelung und Begrünung - und damit insgesamt auf Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas in diesem thermisch hochbelasteten Gebiet. Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität soll ein energiesparendes Beleuchtungskonzept genauso beitragen wie weitere Sitzmöglichkeiten. Dem Projekt wird ein wesentlicher Beitrag zur Klimaanpassung der Oberstadt zugeschrieben.</p>
<p>5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)</p>	<p>Bereits bewilligte Städtebauförderungsmittel aus dem Sonderprogramm "Klimakontingent" in Höhe von ca. 2. Mio €; weitere Fördermittel sind beantragt. Der Einsatz dieser Mittel unterliegt einem vorgegebenen Zeitrahmen. Es soll deshalb noch in 2023 ein Freiraumplanerischer Wettbewerb mit den Zielvorgaben des Programms einerseits und den Ergebnissen einer frühzeitigen Beteiligung der Bürger*innen andererseits ausgelobt und möglichst entschieden werden.</p>

6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	Ca. 3.8 Mio. €
7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Indirekt über das ISEK
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	nein
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Ja: wie oben beschrieben im Zuge der Auslobung des Wettbewerbs.
10. Ansprechpartner*in  Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	Fachdienst 61, Bernd Klntscher, 06421/201-1640, bernd.kintscher@marburg-stadt.de

<b>Titel des Vorhabens</b>	<b>Bebauungsplan "Gewerbegebiet Görzhäuser Hof III"</b>
1. Zuständiger FD	Federführung: 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz Weiterer Fachdienst: 72 - Bürger*innenbeteiligung Weitere Fachdienste: 66 - Tiefbau, SEG
2. Schwerpunktthemen (für die Suchfunktion auf der Beteiligungsplattform)	<input checked="" type="checkbox"/> Bauen / Wohnen / Stadtplanung <input type="checkbox"/> Kultur <input type="checkbox"/> Digitalisierung <input checked="" type="checkbox"/> Wirtschaft / Arbeit <input type="checkbox"/> Schule / Bildung

	<input type="checkbox"/> Jugend / Familie / Kinderbetreuung <input type="checkbox"/> Freizeit / Sport <input type="checkbox"/> Migration <input type="checkbox"/> Gleichberechtigung <input type="checkbox"/> Bürger*innenbeteiligung <input checked="" type="checkbox"/> Mobilität / Verkehr <input type="checkbox"/> Umwelt / Klima / Grünflächen <input type="checkbox"/> Sicherheit / Ordnung <input type="checkbox"/> Soziales / Altenplanung / Menschen mit Behinderung / Gesundheit
3. Betroffenes Gebiet	Michelbach
4. Inhaltliche Kurzbeschreibung	<p>Das Plangebiet stellt heute ein „Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe“ im Regionalplan Mittelhessen 2010 dar und soll für die Nutzungen von Gewerbe und Industrie beplant werden. Das Gebiet dient der weiteren Entwicklung der Universitätsstadt Marburg als Pharmastandort. Das Ziel für Marburg ist bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Als Leuchtturmprojekt soll der Pharmastandort Impulsgeber mit besonderer überregionaler Bedeutung werden. Die klimagerechte Gestaltung unterstützt die Zielsetzung „Klimaneutralität 2030“ der Universitätsstadt Marburg. Der zukünftige Standort soll möglichst klimaneutral sein. Das ca. 18 ha große Planungsareal befindet sich im Stadtteil Michelbach-Görzhauser Hof der Universitätsstadt Marburg nördlich des bestehenden Gewerbe- und Industriegebietes (Görzhäuser Hof I + II).</p>
5. Zeitrahmen, aktueller Bearbeitungsstand und weitere Bearbeitungsschritte (Meilensteine)	<p>Der Aufstellungsbeschluss für die Erarbeitung eines Bebauungsplanes war im Dezember 2021. In Zusammenarbeit mit der SEG ist die Ausschreibung der Planungsleistungen erarbeitet und im Sommer 2022 veröffentlicht worden. Die Ausschreibung ist in zwei Stufen geteilt und sieht nach aktuellem Zeitplan die Beauftragung eines Planungsbüros für Ende 2022 vor. Die beteiligten Akteure werden in regelmäßigen Terminen Abstimmungen treffen, die als Grundlage für die Erstellung des Bebauungsplanentwurfes dienen. Das Bebauungsplanverfahren wird mit einem Zeitrahmen von ca. 2 Jahren angesetzt.</p>
6. Voraussichtliche Kosten des Vorhabens	

7. Politische Beschlussgrundlage(n) mit Verlinkung zu Allris	Aufstellungsbeschluss VO/0418/2021 <a href="https://www.marburg.de/allris/vo020?VOLFDNR=1000406&amp;refresh=false">https://www.marburg.de/allris/vo020?VOLFDNR=1000406&amp;refresh=false</a>
8. Formelle Bürger*innenbeteiligung	Gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung.
9. Freiwillige Bürger*innenbeteiligung	Eine noch zu planende Veranstaltung
10. Ansprechpartner*in  Fachdienst Vorname, Name (falls gewünscht) Telefon E-Mail	FD 61, Bernd Nützel (06421/201-1646; bernd.nuetzel@marburg-stadt.de) FD 61, Florian Berkenkamp (06421/201-2067; florian.berkenkamp@marburg-stadt.de) FD 61 Manuela Klug (06421/201-1643; manuela.klug@marburg-stadt.de)

**Fachdienst 65 Hochbau**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**Fachdienst 66 Tiefbau**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**Lenkungsgruppen**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**GeWoBau - Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg/Lahn**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste

**Stadtwerke Marburg GmbH**

Keine neuen Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste



<b>Kenntnisnahme</b>	Vorlagen-Nr.:	<b>VO/1113/2023</b>
	Status:	öffentlich
	Datum:	16.01.2023
<b>Dezernat:</b>	III	
<b>Fachdienst:</b>	50 - Soziale Leistungen	
<b>Sachbearbeitung:</b>	Meier, Monique	

<b>Beratungsfolge</b>		
<b>Gremium:</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Sitzung ist</b>
Magistrat	Kenntnisnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Kenntnisnahme	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Kenntnisnahme	öffentlich

## **Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zur Sozial- und Schuldnerberatung im Stadtgebiet Marburg**

### **Beschlussvorschlag**

Die Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zur Sozial- und Schuldnerberatung im Stadtgebiet Marburg wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht soll als Entscheidungsgrundlage dienen, um die Angebote in Marburg bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

### **Sachverhalt**

Im Auftrag der Universitätsstadt Marburg wurde 2022 eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zur Sozial- und Schuldnerberatung im Stadtgebiet Marburg durchgeführt.

Hintergrund dieser Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Mai 2022 (VO/0671/2022). Das Stadtparlament hatte beschlossen, den Magistrat der Universitätsstadt Marburg zu beauftragen, den Bedarf für die Sozial- und Schuldnerberatung in Marburg zu prüfen.

Laut Beschluss ist ein Bericht zu den finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen

vorzulegen. Der Überblick über vorhandene Angebote, Beratungsmöglichkeiten und die Ressourcen soll Grundlage für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebotsstruktur sein.

Dominik Petan hat die Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse im Auftrag der Universitätsstadt Marburg durchgeführt und verschriftlicht. Als Honorarmitarbeiter der städtischen Sozialplanung führte er Interviews mit acht Expert\*innen im Rahmen einer Studienarbeit durch. Die Ergebnisse zu den verschiedenen Angeboten in Marburg sind im vorliegenden Bericht dargestellt.

### Handlungsempfehlungen

Der Bericht dient als Entscheidungsgrundlage, um die Angebote der Sozial- und Schuldnerberatung im Stadtgebiet Marburg bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Der vorliegende Bericht bestätigt den Eindruck, dass eine objektiviert zunehmende Nachfrage im Bereich der Sozial- und Schuldnerberatung vorliegt, die mit der bisherigen finanziellen Ausstattung nicht abgedeckt werden kann.

Eine vergleichbare Tendenz zeigt der „9. Beratungsbericht der Projektgruppe zur Weiterentwicklung der Beratungssituation in den Bereichen Sucht, Schulden und Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen“ (Kreisausschuss Landkreis Marburg-Biedenkopf, Mai 2021).

Aufgrund der ausgeprägt heterogenen Finanzstruktur vor allem der zertifizierten und nicht-zertifizierten Beratungsangebote wird

- a) eine Aufnahme der entsprechenden Beratungsangebote in die Leistungsverträge und
- b) eine finanzielle Erhöhung der Beratungsangebote angestrebt.
- c) Parallel wird der Prozess zur Finanzierung der Schuldner\*innen-Beratung auf Bundesebene verfolgt und bei Bedarf mit den voraussichtlich zu erwartenden Regelungen harmonisiert.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

### **Anlage/n**

- 1 Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zur Sozial- und Schuldnerberatung in Marburg (Bericht)

---

Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse  
zur Sozial- und Schuldnerberatung  
im Stadtgebiet Marburg

---

**Fragestellung**

*Bestandsaufnahme der vorhandenen Angebote und  
Bedarf an finanziellen, personellen und räumlichen  
Ressourcen für die Sozial- und Schuldnerberatung in Marburg*

beauftragt vom

Magistrat der Universitätsstadt Marburg  
Fachbereich Soziales und Wohnen  
Fachdienst Soziale Leistungen

vorgelegt von

Dominik Petan  
Honorarmitarbeiter der  
Sozialplanung der Stadt Marburg

## Inhaltsverzeichnis

1. Anlass der Bedarfsanalyse.....	3
2. Vorgehen zur Identifizierung relevanter Akteurinnen und Akteure .....	4
3. Auswertung .....	6
3.1 Beratungsangebot.....	6
3.2 Klientinnen und Klienten .....	7
3.3 Mitarbeiter*innen & Zertifizierung.....	9
3.4 Finanzierungsstruktur .....	10
3.5 Beratungskonzept .....	12
3.6 Erwartungen und besonderer Bedarf von Klient*innen .....	13
3.7 Herausforderungen und Bedarfe.....	13
3.8 Prävention.....	15
3.9 Zusammenarbeit & Kooperationen .....	16
3.10 Entwicklung.....	17
3.11 Ressourcen.....	18
3.12 Perspektive .....	19
3.13 Wünsche .....	19
4. Fazit .....	20
5. Anhang - Anlagen.....	21
5.1 Übersicht der am Bericht mitwirkende Expert*innen .....	21
5.2 Erhebungsmethode .....	22
5.3 Anschreiben zur Kontaktaufnahme für Interviews .....	26

## 1. Anlass der Bedarfsanalyse

Auf der Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2022 wurde die vorliegende Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zu finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen für die Sozial- und Schuldnerberatung in Marburg durchgeführt.

Der Stadtparlamentsbeschluss (VO/0671/2022) lautet:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Universitätsstadt Marburg zu prüfen und berichten, welche zusätzlichen Bedarfe in den finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen für die soziale Arbeit, insbesondere in der Schuldner- und Sozialberatung existieren. Die Prüfung soll für das gesamte Stadtgebiet erfolgen. Dabei sind auch solche Maßnahmen einzu beziehen, die frühzeitig auf eine Vermeidung von Überschuldung und Insolvenz zielen.
- 2) Der Magistrat soll prüfen und berichten, welche Konzepte für die Beratung und Begleitung von Privatinsolvenzen bereits verwendet werden. Wenn Bedarf besteht, soll der Magistrat gemeinsam mit den in diesem Bereich tätigen Trägern ein solches Konzept erstellen oder überarbeiten.
- 3) Der Magistrat wird damit beauftragt, zu prüfen und berichten, in welchem Umfang mobile Beratungsmöglichkeiten und Online-Angebote von den Trägern umgesetzt werden können und die Zielgruppe erreichen.
- 4) Darüber hinaus soll der Magistrat prüfen und berichten, wie wirksam bereits getroffene Maßnahmen sind und zusätzliche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen ergreifen.

Nach dieser Beschlussfassung gilt es zu prüfen, ob ein zusätzlicher Bedarf an personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen für Sozial- und Schuldnerberatungsangebote in Marburg besteht. Zudem wurden weitere Punkte zur Prüfung festgelegt, welche im vorliegenden Bericht berücksichtigt worden sind.

## 2. Vorgehen zur Identifizierung relevanter Akteurinnen und Akteure

Der Fachbereich Soziales und Wohnen der Stadt Marburg hat als Grundlage des Berichts umfangreiche Informationen zu den relevanten Stellen und Angeboten zur Verfügung gestellt. Daran anknüpfend sollte zu Beginn der Bedarfsanalyse eine Identifizierung aller potentiellen Akteurinnen und Akteure erfolgen. Hierbei wurden zwei Suchstrategien angewendet. Bei der ersten Strategie ist eine Recherche über das Internet erfolgt. Bei diesem Vorgehen wurde Apriori festgelegt, dass die Suche anhand folgender Suchbegriffe erfolgt: "Sozialberatung", „Marburg“, „Schuldnerberatung“, „Insolvenzberatung“. Durch diese Suchstrategie konnte ein größerer Kreis an Akteurinnen und Akteure erfasst werden.

Im nächsten Schritt erfolgte eine telefonische Kontaktaufnahme zu allen relevanten Stellen und diese sind über die Bedarfsanalyse informiert worden. Bei der Kontaktaufnahme wurde erfragt, ob das Beratungsangebot auch Schwerpunkte zu „Finanzen und Schulden“ beinhaltet. Bei positiver Rückmeldung auf diese Frage, wurde im nächsten Schritt die Bereitschaft zur Teilnahme an der Bedarfsanalyse in Erfahrung gebracht.

Wenn eine Bereitschaft vorlag, erfolgte ein Eintrag der Akteurinnen und Akteure in eine entsprechende Liste. Neben dieser Strategie ist zur Identifizierung relevanter Angebote eine Rückwärtssuche durchgeführt worden. Die Expert\*innen sind in den Interviews befragt worden, ob Kooperationen mit anderen Trägern vorliegen, welche Ratsuchende an sie vermitteln.

Insgesamt konnten in der Phase der Bestandsaufnahme vier Kategorien identifiziert werden. Die erste Kategorie stellen Sozial- und Schuldnerberatungen im eigentlichen Sinne dar, zu denen zertifizierte und nichtzertifizierte Beratungsangebote zählen. In dieser Gruppe konnten vier Expert\*innen in die Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse einbezogen werden.

Die Sozial- und Schuldnerberatungsstellen bieten Beratungen, Hilfen und Vermittlungen zu folgenden Themen an: Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Ausbildung, Erkrankungen, Erziehungsfragen, Gerichtsverfahren, psychische Problemen, Sozialleistungen, Suchtprobleme, Trennungen/Scheidungen, Verschuldung, Wiederaufnahme von Erwerbstätigkeit, Wohnungsangelegenheiten.

Als zweite Kategorie sind Beratungsstellen zu nennen, welche ein niedrigschwelliges Angebot im Bereich „Finanzen und Schulden“ anbieten. In dieser Kategorie konnten drei Expert\*innen gewonnen werden. Hierbei handelt es sich um den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD im Fachdienst Soziale Leistungen), welcher eine Haushalts- und Budgetberatung anbietet. Das Studierendenwerk Marburg, welches Studierende bei Fragen zur Finanzierung eines Studiums berät. Als Letztes ist der Ausländerbeirat der Stadt Marburg zu nennen, welcher eine kostenlose Rechtsberatung zu den Themen Asyl- und Ausländerrecht sowie Migrationsrecht anbietet. In diesem Beratungsangebot komme es jedoch nach Aussage der Beteiligten immer mal wieder zu Fragen im Bereich „Finanzen und Schulden“.

Des Weiteren kann ein Teil potenzieller Akteurinnen und Akteure der Kategorie zugeordnet werden, welche ein kostenpflichtiges Beratungsangebot anbieten. Hierbei sind primär Insolvenzberater\*innen zu nennen, die Firmen und Privatpersonen beraten. Bei den Interviews wurde Letzteres fokussiert. Inhaltlich geht es bei den Privatpersonen um eine Restschuldbefreiung. Es konnte ein Experte für die Bedarfsanalyse gewonnen werden.

Die letzte Kategorie stellen Akteurinnen und Akteure dar, welche zwar ein Beratungsangebot zu „Finanzen und Schulden“ anbieten, jedoch nicht an der Bedarfsanalyse teilnehmen wollten. Besonders häufig handelt es sich hierbei um Beratungsstellen, welche ein niedrigschwelliges Angebot zum Themenbereich „Finanzen und Schulden“ anbieten. Gleichermäßen war die Teilnahmebereitschaft bei Insolvenzberater\*innen gering. Die Gründe hierfür wurden, sofern es möglich war, ebenfalls erfragt. Folgende Gründe wurden am häufigsten genannt: keine personellen oder zeitlichen Kapazitäten, Krankheit oder Urlaub.

Eine Übersicht der am Bericht mitwirkende Expert\*innen befindet sich im Anhang (siehe 5.1)

Die Interviews wurden auf Basis einer zuvor konzipierten Erhebungsmethode durchgeführt. Bei dieser Erhebungsmethode wurde darauf geachtet, dass die Expert\*innen frei berichten können. Gleichzeitig wurde eine Vergleichbarkeit zwischen den beteiligten Probandinnen und Probanden sichergestellt. Um dies zu erreichen, wurde ein Raster erstellt (siehe im Anhang, 5.2 Erhebungsmethode).

Die erste Spalte beinhaltet das Oberthema. In der Spalte rechts daneben wurde festgehalten, was inhaltlich erfragt werden soll. Zuletzt wurde eine Spalte konzipiert, welche Formulierungshilfen beinhaltet, sofern die Expert\*innen Schwierigkeiten beim Zugang zum Thema haben.

Am 18.07.2022 wurden die acht Expert\*innen mittels eines offiziellen Rundschreibens kontaktiert und darüber informiert, dass eine gemeinsame Terminfindung in der 30. Kalenderwoche erfolgen soll (siehe Anhang, 5.3 Anschreiben zur Kontaktaufnahme für Interviews).

Die Interviews wurden im Monat August über Microsoft Teams oder telefonisch durchgeführt.

### **3. Auswertung**

Bei der Darstellung der Ergebnisse erfolgt eine Orientierung an der Reihenfolge der Erhebungsmethode.

#### **3.1 Beratungsangebot**

Beim Beratungsangebot ist besonders auffällig, dass die Expert\*innen es clusterübergreifend vermeiden, einen prototypischen Fall zu skizzieren. Es wird an dieser Stelle betont, dass jeder Fall individuell zu betrachten sei. In diesem Zusammenhang berichten die Expert\*innen, dass die Gründe für Schuldenfallen sehr vielfältig sein können.

Die Gründe sind nachfolgend nach ihrer Häufigkeit geordnet: *Mietschulden, Online-Einkäufe, Energieschulden, Verträge (bspw. Handyverträge), Rückzahlungen von Sozialleistungen, Geldstrafe, Kontopfändung.*

Die Expert\*innen berichten zudem, dass sowohl viele kleine Investitionen als auch große Investitionen zur Überschuldung führen. In diesem Zusammenhang zeige sich jedoch, dass junge Klient\*innen eher in die Kategorie "viele kleine Investitionen" fallen, während in der Kategorie "große Investitionen" Klient\*innen im mittleren bis höheren Erwachsenenalter einzuordnen seien.

Mobile Beratungsangebote (meist telefonische Beratungsangebote) werden in der Sozial- und Schuldnerberatung lediglich ergänzend oder zwangsweise während des Lockdowns genutzt. Dies begründen die Sozial- und Schuldnerberater\*innen damit, dass der persönliche Kontakt eine immense Bedeutung beim Beziehungsaufbau hat.

Eine Expertin aus der Kategorie "Sozial- und Schuldnerberatung" begründete dies mit folgender Aussage: *„Durch den Aufbau einer vertrauensbasierten Beziehung sei es möglich, den ganzen Rattenschwanz hervorzuholen. Die Klienten offenbaren erst auf Basis von Empathie, Verständnis und Vertrauen viele weitere Problematiken. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Begriffe Sozial- und Schuldnerberater zusammen zu betrachten.“*

Ein ähnlich ganzheitliches Konzept verfolgen zudem die Expert\*innen der anderen beiden Kategorien "niedrigschwelliges Angebot" und "Insolvenzberater". Letzterer betonte jedoch, dass dies nicht für alle Insolvenzberater\*innen gleichermaßen gelte.

Die Expert\*innen wurden zudem befragt, ob es Anfragen gebe, welche sie nicht bedienen können. Die Kategorie "niedrigschwelliges Angebot" berichtet hierbei, dass lediglich ein basales Angebot im Bereich Schulden und Finanzen angeboten werde. Wenn der Bedarf an finanzieller Beratung über ihr Beratungsangebot hinausgehe, werde auf die Sozial- und Schuldnerberatungsstellen verwiesen. Der Ausländerbeirat verweise währenddessen auf kleinere Vereine oder Rechtsanwälte im Bereich Zivilrecht, da Schulden und Finanzen nicht den Schwerpunkt der Arbeit darstellen.

Die Kategorie "Sozial- und Schuldnerberatungen" berichtet hierbei, dass sie die Ratsuchenden bis zum Stellen des Insolvenzantrags begleite. Anfragen zur Insolvenzbegleitung können nicht bedient werden.

### **3.2 Klientinnen und Klienten**

Beim Thema Klientel zeigt sich ein Bild, das in Abhängigkeit des Ortes unterschiedlich ausfällt. Der einzige gemeinsame Nenner stellt hierbei der schwache sozio-ökonomische Status der Ratsuchenden dar. Bei der Sozial- und Schuldnerberatungsstelle am Richtsberg sind besonders häufig Personen mit Migrationshintergrund vorstellig.

Dies untermauern die Expert\*innen mit folgender Statistik: In der Sozial- und Schuldnerberatungsstelle am Richtsberg sind lediglich 5,9 % der Ratsuchenden deutscher Herkunft vertreten, während Personen mit Migrationshintergrund einen substantziellen Anteil von 83 % ausmachen. Die restlichen 10,7 % stellen die sogenannten Aussiedler\*innen (russischer Herkunft) dar. Die Altersspanne erstreckte sich von 18 Jahren bis ins hohe Alter.

Die Expert\*innen berichten zudem, dass der Bedarf bei Senior\*innen zugenommen habe. Beim AKSB e.V. (Arbeitskreis soziale Brennpunkte) zeige sich ein gemischtes Bild. Lediglich in der Sozialberatung zeige sich ein höherer Anteil an Personen mit Migrationshintergrund, da diese Gruppe der Ratsuchenden mit den Formularen überfordert sei. Beim Gemeinwesenträger IKJG e.V. zeige sich, dass besonders ältere Personen die Beratung aufsuchen, da sie mit Altersarmut zu kämpfen haben.

Die Caritas ist die einzige Sozial- und Schuldnerberatungsstelle, die stadtteilunabhängig ist. Die Expert\*innen berichten, dass folgende Personengruppen einen erhöhten Bedarf haben: Menschen im ALG II - Leistungsbezug, psychisch beeinträchtigte Personen, Alleinerziehende, Rentner\*innen, Studierende sowie ehemals Selbstständige.

Auffälligkeiten im Alter zeigen sich ebenfalls, da die Altersgruppe zwischen 30 - 50 Jahren vermehrt die Beratung aufsuche. Jedoch gebe es auch einen saisonalen Effekt bei Rentner\*innen und eine Zunahme von jungen Ratsuchenden (20 - 25 Jahren).

Bei der Kategorie "niedrigschwelliges Angebot" melden sich spezifische Personengruppen. Die Beratung des Studierendenwerkes wird besonders häufig aufgesucht von Studierenden, Studieninteressierten, ausländischen Studierenden, „Arbeiterkindern“, Studierenden mit Kind und chronisch kranken Menschen sowie von Studierenden mit Behinderungen. Die Altersspanne der Ratsuchenden ist dementsprechend überwiegend zwischen 20 und 30 Jahren.

Im ASD des Fachdienstes Soziale Leistungen der Stadt Marburg werden vor allem Personen unterstützt, die noch SGB II Leistungen beziehen / erhalten bzw. die im SGB XII Leistungsbezug sind. Dabei handelt es sich um Menschen in einer sozio-ökonomisch schwachen Lage, die wegen Schicksalsschlägen oder aufgrund der Lebensumstände "*knapp im Portemonnaie sind*". Über 80 % seien im Altersdurchschnitt im Renteneintrittsalter oder darüber. Die anderen 20 % sind Menschen, die krankheitsbedingt über 6 Monate „ausfallen“.

Der Ausländerbeirat in Marburg berät Ratsuchende im Alter von 18 bis 85 Jahren. Auf die Beratung speziell zu Schuldenfragen bezogen, nehmen vor allem Personen aus dem osteuropäischen Raum und vom Balkan die Beratung in Anspruch. Diese Personen sind meist arbeitssuchend.

Bei der Kategorie "Insolvenzberater\*innen" zeigt sich ein heterogenes Bild von Ratsuchenden. So sind beispielsweise Personen vorstellig, die sich in einer Lebenskrise befinden. Die Ratsuchenden sind beispielsweise wegen Altersarmut, ihres Konsumverhaltens oder einer Drogenabhängigkeit verschuldet.

### **3.3 Mitarbeiter\*innen & Zertifizierung**

Eine anerkannte Sozial- und Schuldnerberatungsstelle muss bestimmte, festgelegte Kriterien erfüllen. Um eine Ausbildung zum\*r Sozial- und Schuldnerberater\*in zu absolvieren, muss ein (Fach-) Hochschulstudium im sozialpädagogischen Bereich abgeschlossen werden und es müssen mindestens drei Jahre Berufserfahrung in einer Einrichtung vorliegen.

Eine Qualifizierung zum\*r Sozial- und Schuldnerberater\*in kann beispielsweise an den Fachhochschulen Darmstadt und Fulda erfolgen. Die Weiterbildungskosten liegen inklusive der Arbeitszeit, Reise- und Übernachtungskosten bei mindestens 7.500 € pro Person. Bei den reinen Fortbildungskosten pro Modul ist von 1.350 € bis 2.000 € auszugehen. Hinzu ist die Arbeitszeit des Weiterbildenden einzuberechnen. Das sind bei rund 150 Stunden á 41,50 € pro Stunde insgesamt 6.200 €. Bei allen Sozial- und Schuldnerberatungsstellen liegen regelmäßig Angebote zu Fortbildungen vor, die jedoch keine Pflicht sind.

Beim Angebot der Caritas handelt es sich um eine anerkannte Stelle mit einer vorliegenden Zertifizierung.

In der Kategorie "niedrigschwelliges Angebot" ist ebenfalls ein sozialpädagogischer Abschluss an einer Fachhochschule oder Universität notwendig. Im Studierendenwerk liegt eine systemische Beraterausbildung vor und es werden zudem zusätzlich regelmäßig Fortbildungen des Dachverbandes angeboten. Lediglich beim Ausländerbeirat zeigen sich andere Voraussetzungen, da hier ein abgeschlossenes rechtswissenschaftliches Studium mit Schwerpunkt in Asyl- und Ausländerrecht oder Migrationsrecht vorliegt.

Bei der Kategorie "Insolvenzberater\*innen" sind ein rechtswissenschaftlicher Studienabschluss sowie ein Fachanwaltskurs als Insolvenzverwalter\*in notwendig. Mit anschließender Berufserfahrung besteht dann die Möglichkeit, als Insolvenzberater\*in zu arbeiten.

### 3.4 Finanzierungsstruktur

Der vorliegende Bericht hat das Ziel, zu prüfen, ob ein zusätzlicher Bedarf an finanziellen Mitteln notwendig ist. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die derzeitige Finanzierungsstruktur der Sozial- und Schuldnerberatungsstellen zu betrachten.

Grundlegend ist zu wissen, dass die Rechtsgrundlage der Sozial- und Schuldnerberatung kommunalisierte Leistungen gemäß §16a SGB II ist. Es gibt eine Vereinbarung zwischen dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der zertifizierten Schuldnerberatungsstelle der Caritas. Die finanzielle Verantwortung liegt beim Landkreis. Die Finanzierung erfolgt über das Kommunale Jobcenter, wobei die Auszahlung in zwei Raten erfolgt.

Kommunalisierte Landesmittel erhalten im Landkreis Marburg-Biedenkopf drei Stellen: der Treff in Biedenkopf der BI Sozialpsychiatrie, die LOK in Stadtallendorf und der Caritasverband in Marburg. Für das Jahr 2022 wurden die kommunalisierten Landesmittel für die drei Schuldenberatungen insgesamt um 65.000 € erhöht und entsprechend der Bedarfe verteilt.

Die Caritas erhielt neben den kommunalisierten Landesmitteln für das Jahr 2021 einen institutionellen Zuschuss von der Stadt Marburg von 17.000 € für die „Entschuldungsberatung“ und aufgrund der Corona-Situation zusätzlich 12.000 €. Zusammengefasst hat die Stadt für das Kalenderjahr 2021 das Angebot mit 29.000 € bezuschusst. Für das Kalenderjahr 2022 wurde der institutionelle Zuschuss dann auf 21.000 € – also um 4.000 € erhöht. Für 2023 liegt der Haushaltsansatz erneut bei 21.000 €.

Eine bisherige zusätzliche Unterstützung der Caritas durch die Katholischen Kirche für die Beratung ist aufgrund der zunehmenden Kirchengaustritte und Einsparmaßnahmen ab 2023 nicht mehr gewährleistet.

Bei den stadtteilbezogenen Sozial- und Schuldnerberatungsstellen zeigt sich das folgende Bild:

Dem Arbeitskreis Soziale Brennpunkte (AKSB) sind im letzten Kalenderjahr 2021 rund 32 Std/Wo an Sozial- und Schuldnerberatung zur Verfügung gestellt worden. Davon bezahlte die Stadt Marburg 27,6 Std/Wo und der Landkreis 4,4 Stunden pro Woche.

Der AKSB erhält vom Landkreis einen jährlichen Festbetrag für die Schuldnerberatung in Höhe von 8.736 €. Dies ergab im Kalenderjahr 2021 in der Woche 4,4 Stunden, während es dann für das Kalenderjahr 2022 lediglich 4 Std/Woche waren. Denselben Betrag erhält die IKJG. Das Bewohnernetzwerk für soziale Fragen (BSF) bekommt 12.064 € für 6 Stunden.

Die Geschäftsführerin vom AKSB berichtet zudem, dass interne „Umschichtungen“ aufgrund eines längerfristigen Krankheitsfalles notwendig gewesen seien. Dadurch konnten insgesamt 11 Std/Woche an Sozialberatung im Zeitraum Mai bis Dezember 2022 erhöht werden. Dies mache für die Stadt Marburg keine Mehrkosten aus. Für den Jahresbeginn 2023 fallen diese jedoch weg.

Für die Sozial- und Schuldnerberatungsstelle der Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit e. V. (IKJG) ist der jährliche Festbetrag für die Schuldnerberatung in der Höhe identisch wie beim AKSB. Im Kalenderjahr 2022 können 5 Std/Woche an Schuldnerberatung angeboten werden.

Das Bewohnernetzwerk für soziale Fragen (BSF) am Richtsberg berichtet, dass insgesamt 61 Wochenstunden an Sozial- und Schuldnerberatung angeboten werden können. Hierbei übernimmt der Landkreis 6 Std/Wo, während die Stadt Marburg die restlichen 55 Std/Wo finanziert.

Aktuell gibt es keinen Berechnungsschlüssel. Die Summe wird vom Landkreis pauschal gezahlt und entspricht bei der Schuldnerberatungsstelle des BSF rund 6 Wochenstunden nach TVöD 9b. Hier gibt es jedoch eine *abnehmende Tendenz der Stunden durch steigende Tariflöhne*. Im Vergleich dazu greifen andere Bundesländer auf sogenannte Einzelfallpauschalen zurück.

Die Einzelfallpauschalen finden in den Bundesländern Baden-Württemberg; Bayern; Bremen; Niedersachsen; Sachsen-Anhalt Anwendung. Diese unterscheiden sich nach der Höhe und sie sind abhängig von der Zahl der Gläubiger\*innen und in Baden-Württemberg auch vom Ergebnis des außergerichtlichen Einigungsversuchs.

So werden Pauschalen für bis zu fünf Gläubiger\*innen zwischen 200,- € und 428,- € und bei über 15 Gläubiger\*innen zwischen 435,- € und 776,- € gezahlt. Die Einzelfallpauschalen haben sich in den letzten Jahren mehrfach geändert. Hessen hat die Förderung der Einzelfallpauschale 2004 eingestellt.

Die GWA-Träger gaben die Rückmeldung, dass kurzfristige, befristete oder abschmelzende Förderungen das Beratungssystem durch die schlechte Kalkulierbarkeit eher belasten und im „Aufbauaufwand“ zusätzliche Ressourcen erfordern. Nötig seien verlässliche, weniger „schwankende Strukturen“ im System der Sozial- und Schuldnerberatungsstellen.

### 3.5 Beratungskonzept

In den Interviews betonen die Sozial- und Schuldnerberater\*innen kein Beratungskonzept zu nutzen, welches nach einem Schema erfolgt. Um die Qualität in der Beratung sicherzustellen, wird der Austausch mit Kolleg\*innen hervorgehoben.

Ein Sozial- und Schuldnerberater untermauert dies mit folgender Aussage: *„Ein Beratungskonzept nach Schema XY würde in der Sozial- und Schuldnerberatung nicht greifen, da die individuelle Betrachtung der Schlüssel zum Erfolg ist“*. Die Expert\*innen berichten jedoch übereinstimmend, dass zu Beginn eine IST-Analyse vorgenommen werde. Im Anschluss sei die Grundversorgung (Leistungen der Grundsicherung, Miete, Gas und Strom) sicherzustellen und danach erfolgen die ersten Schritte zum Schuldenabbau.

Die Kategorie "niedrigschwellige Beratung" verfolgt ein Beratungskonzept, bei dem im ersten Schritt eine Anamnese und die Problemanalyse erfolgen. Jedoch wurde auch hier die individuelle Betrachtung des Klienten bzw. der Klientin betont.

Der Insolvenzberater in der Kategorie "Insolvenzberater\*innen" berichtet während der Interviews von zwei verschiedenen Aufgaben. Hierbei unterscheidet der Experte den rechtlichen Auftrag (Restschuldbefreiung) und die seelische Beratung. Die Restschuldbefreiung sei nach Ansicht des Insolvenzberaters *„relativ klar und kein Hexenwerk“*.

Der Experte betonte an dieser Stelle die Bedeutung der seelischen Beratung und untermauerte dies mit folgender Aussage: *“Die Leute, die zu mir in die Beratung kommen, haben das Gefühl versagt zu haben. Die Klienten kommen mit unglaublich viel Scham in die Beratung, sodass es besonders wichtig ist, sie aufzubauen und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie mit der Restschuldbefreiung einen Neustart vor sich haben.”*

### **3.6 Erwartungen und besonderer Bedarf von Klient\*innen**

Kategorienübergreifend zeigt sich, dass die Erwartungen der Klient\*innen teilweise sehr unrealistisch sind. Der Grund hierfür ist, dass die Klient\*innen meist viel zu spät die Beratung aufsuchen und dann eine schnelle Lösung erwarten. Ein Experte sagte hierzu: *„Das Kind ist schon längst in den Brunnen gefallen, sodass eine schnelle Hilfe bzw. Entschuldung kaum möglich ist“.*

### **3.7 Herausforderungen und Bedarfe**

Sowohl die stadtteilbezogen arbeitenden als auch die stadtteilunabhängig tätigen Sozial- und Schuldnerberater\*innen berichten übereinstimmend, dass es primär an Fachpersonal fehle, um den aktuellen Bedarf zu decken. Der Bedarf an Beratung sowie die Zahl der Einwohner\*innen steige, jedoch bleibe die Personalsituation konstant.

Um sich den Zuwachs an Ratsuchenden vor Augen zu führen, ist die folgende Statistik der Sozial- und Schuldnerberatungsstelle am Richtsberg heranzuziehen.

Am Oberen Richtsberg gab es während der Corona-Pandemie trotz der Lockdowns eine steigende Anzahl von Personen, welche die Beratung aufgesucht haben. Im Jahr 2020 waren es 410 Fälle in der Sozial- und Schuldnerberatungsstelle und im Jahr 2021 wurden 471 Fälle verzeichnet. Im Gesamtjahr 2022 steigerte sich die Nachfrage erneut und es wurden 643 Fälle in der Sozial- und Schuldnerberatung dokumentiert.

Nach Angaben des BSF hat es von 2020 bis Ende 2022 eine Zunahme der Fälle von 37 % gegeben (Jahr 2020: 410; Jahr 2021: 471; Jahr 2022: 643). Dies war während der Corona-Pandemie nur befristet durch die Unterstützung anderer Kolleg\*innen leistbar. Diese Hilfe fällt 2023 weg.

Diese zuvor genannten Zahlen beziehen sich nur auf den Oberen Richtsberg. Für den Unteren Richtsberg wurden für das Jahr 2022 bis Ende September 165 Fälle verzeichnet. Hierbei können 106 (72,6 %) Fälle den Verbraucherschulden zugeordnet werden. Während 56 (25,6 %) Fälle zu Miet-/ Energieschulden beraten wurden. Die restlichen drei (1,6 %) Fälle wurden an die Insolvenzberatung weitergeleitet.

Im Vergleich dazu wurden für das gesamte Kalenderjahr 2019 vor der Corona-Pandemie 135 Fälle erfasst. Im Kalenderjahr 2020 waren es 167 Fälle. Es zeigt sich an dieser Stelle eine kontinuierliche Zunahme an Fällen am Unteren Richtsberg.

Weitere Herausforderungen stellen Lücken in den Strukturen dar, da diese sehr viel Arbeitszeit und Fachpersonal binde. Diese Lücken in den Strukturen seien beispielsweise an der Umsetzung der Digitalisierung zu erkennen. Dies hemme den Bearbeitungsprozess der Fälle, statt es zu fördern. Ein zentraler Aspekt sei der digitale Zugang, der nicht jedem Ratsuchenden möglich sei. Hinzu käme, dass die notwendigen Übersetzungen der Formulare nicht vorlägen. Letztlich sei zu erwähnen, dass die Kommunikation mit den Behörden über die Schuldnerberater\*innen erfolge.

Zusätzlich kritisieren die Expert\*innen, dass es keine direkte Kommunikation mit den Behörden gebe, da die Personen vor Ort nicht mehr physisch erreichbar seien. Dies führt letztlich zu langen Bearbeitungszeiten und bindet wertvolle Arbeitsressourcen der Sozial- und Schuldnerberater\*innen.

In der Kategorie “niedrigschwellige Beratung” wurde zudem bemängelt, dass *es sehr lange Wartezeiten gibt*. Zudem kritisiert ein Experte, dass es problematische Strukturen gebe, die zur Überschuldung führen.

Ein erstes strukturelles Problem sei die Situation für Studierende aus Arbeiterfamilien, welche sich in einer hochsensiblen Phase des Übergangs von der Schule und in ein Studium befinden. Dies liege einerseits daran, dass die Studierenden den eigenen Anspruch an Bafög nicht einkalkulieren können. Diese Unsicherheit führe dazu, dass einige Studierende den Weg an die Uni vermeiden oder sich mit Studienkrediten versorgen.

Der Experte spricht sich hier für ein Studium-Einstieg-Stipendium aus, welches in anderen Bundesländern schon angewendet werde. Durch solche Maßnahmen sei es beispielsweise möglich, die Studierenden während der kritischen Phase zu unterstützen.

Als zweites strukturelles Problem benennt der Experte die Situation von Studierenden mit chronischen Erkrankungen und/oder Behinderungen. Die Studierenden sehen sich mit hohen Kosten konfrontiert, da sie bei Unterstützungsangeboten meist in Vorkasse gehen müssen. Aufgrund der langen Bearbeitungszeit der Anträge führe dies zu einer starken Belastung bei der Studierendengruppe.

### **3.8 Prävention**

Die Sozial- und Schuldnerberater\*innen sowie die Expert\*innen aus der niedrigschwelligen Beratung berichten gleichermaßen, dass verschiedene sekundär präventive Maßnahmen wie Flyer und Aufklärungsunterricht angeboten worden seien, welche jedoch „nicht wirklich gegriffen haben“. Der Grund sei ein fehlendes Bewusstsein bei den Ratsuchenden für die eigene Fragestellung sowie das Erleben von Scham.

Auf Basis der langjährigen Erfahrungen helfe lediglich die Mund-zu-Mund-Propaganda, sowie die Sensibilisierung im “face to face” Kontakt während der Beratung. Kategorienübergreifend betonen die Expert\*innen, dass Prävention im Kindes- und Jugendalter stattfinden müsse, da ein nicht unerheblicher Teil der Überschuldung auf finanzielle Unerfahrenheit zurückzuführen sei.

Die Prävention bei AKSB, BSF und IKJG findet im Rahmen der Angebote der Gemeinwesenarbeit statt. Sozialberatung wird hier mit der Schuldnerberatung zusammengedacht, da hier die finanzielle Absicherung der Menschen erfolgt, damit es nicht zur Verschuldung kommt.

Neben Erwachsenen ist auch die Prävention bei Kindern und Jugendlichen wichtig. Die Gemeinwesenträger sind mit der Zielgruppe beispielsweise im Gespräch, wenn es um Anschaffungen geht. Beim AKSB erhalten die Kinder zwischen 6 und 12 Jahren beispielsweise ein Budget und müssen sich damit auseinandersetzen, was und wieviel Spielzeug sie davon kaufen können. Gleiches gilt bei anderen Aktionen, wie z.B. dem gemeinsamen Kochen oder bei Ausflügen.

### 3.9 Zusammenarbeit & Kooperationen

Die stadtteilbezogenen Sozial- und Schuldnerberatungsstellen berichten, dass sie im engen Kontakt mit der Caritas (stadtteilunabhängige Sozial- und Schuldnerberatungsstelle) zusammenarbeiten, sowie mit verschiedenen Ämtern (bspw. mit dem Kreisjobcenter oder dem „Migrationsamt“).

Die Zusammenarbeit liegt der jeweiligen Fragestellung zugrunde. So zeigt sich, dass die Caritas kontaktiert werde, wenn die Schuldenproblematik so tiefgreifend sei, dass ein Insolvenzverfahren drohe. Die Kooperationen mit den Ämtern liegen beispielsweise vor, wenn die Ratsuchenden bürokratischen Herausforderungen gegenüberstehen, welche sie alleine nicht bewältigen können (bspw. Stellen von Anträgen oder Überzahlung von Leistungen).

Die Qualität der Kooperationspartner\*innen beschreiben die meisten Expert\*innen größtenteils positiv. Es gebe lediglich unglückliche Entwicklungen seitens der Ämter, welche einer produktiven Zusammenarbeit im Wege stehe. Diese werden in der Rubrik „Entwicklung“ aufgeführt.

Die stadtteilübergreifend arbeitende Sozial- und Schuldnerberatungsstelle berichtet von verschiedenen Kooperationspartner\*innen wie Betreuungseinrichtungen, Trägern der Obdachlosenhilfe, BI-Sozialpsychiatrie, Soziale Hilfe Marburg, JUKO und Blaues Kreuz. Diese Kooperationspartner\*innen verweisen ihre Klient\*innen an die Caritas, sofern eine Schuldenproblematik vorliegt. Die Qualität werde seitens der Sozial- und Schuldnerberater\*innen als positiv bewertet.

Die Kategorie „niedrigschwelliges Angebot“ berichtet ebenfalls von der Caritas und verschiedenen Ämtern als Kooperationspartner\*innen, mit den sie zusammenarbeiten. Der Zusammenarbeit liegt - wie bei den stadtteilbezogenen Sozial- und Schuldnerberater\*innen - eine gemeinsame Fragestellung zugrunde.

Der Experte in der Kategorie „Insolvenzberater\*innen“ berichtet, dass er keine Kooperationspartner\*innen hat. Er betont jedoch, dass eine Kooperation mit der Stadt Marburg durchaus sinnvoll sei.

### 3.10 Entwicklung

Die Sozial- und Schuldnerberater\*innen berichten übereinstimmend, dass die Nachfrage in den letzten zwei Jahren stark zugenommen habe. Dies wird durch die Erhebung der Sozial- und Schuldnerberatungsstellen am Richtsberg deutlich (siehe Punkt "Herausforderungen und Bedarfe").

Auf die Nachfrage, wie sich die Veränderung in der Praxis ausdrücke, wurde seitens der Expert\*innen berichtet, dass sowohl die Anzahl der Fälle, Schwere der Fälle als auch die Komplexität zugenommen habe. Eine inhaltliche Besonderheit, welche in den letzten zwei Jahren zugenommen hat, sei das Ausstellen von P-Konten Bescheinigungen. Das P-Konto ist ein Schutz vor Kontopfändung.

Des Weiteren käme es in den vergangenen zwei Jahren zu deutlich mehr Pfändungen sowie Vollstreckungen des Einkommens. Die Expert\*innen haben verschiedene Erklärungen, welche die gestiegene Nachfrage erklären. Hier hat die Corona-Pandemie eine große Auswirkung auf die Nachfrage gehabt.

Die Expert\*innen führen aus, dass ein nicht unerheblicher Teil der Klientel im Niedriglohnsektor arbeite. Das sind jene Jobs, die während der Corona-Pandemie weggefallen sind. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben die Behörden ihre Türen geschlossen, was zu einer eingeschränkten Erreichbarkeit geführt habe. Diese eingeschränkte Erreichbarkeit führe dazu, dass es zu einer Verzögerung bei der Bearbeitung von Anträgen komme. Eine Verzögerung geht in der Regel mit einer verspäteten finanziellen Hilfe einher, was die finanzielle Situation der Klient\*innen verschärfe.

Zuletzt sei zu erwähnen, dass die Komplexität in der Beratung über die letzten Jahre zugenommen hat. Dies habe dazu geführt, dass schnelle Hilfen nicht mehr möglich gewesen sind.

Aus der Kategorie "niedrigschwellige Angebote" geht ebenfalls hervor, dass die Nachfrage an Beratungsangeboten in der Gruppe der Studierenden stark zugenommen habe. Die hierfür genannte Erklärung ist dieselbe wie bei den Befragungen in der Kategorie „Sozial- und Schuldnerberater\*innen“. Durch den Wegfall des Niedriglohnsektors sei eine existenzielle Grundlage der Studierenden weggebrochen. Die finanzielle Hilfe durch den Deutschen Bund habe mehrere Monate Anlaufzeit benötigt, was die Situation der Studierenden verschärft und für Unzufriedenheit gesorgt habe.

Das Studierendenwerk Marburg hat eine interne Datenerfassung durchgeführt, aus der hervorgeht, dass jährlich 850 Beratungen durchgeführt werden, wobei die Hälfte der Fälle sich auf das Thema "Schulden und Finanzen" beziehe. Hierbei habe es in den letzten zwei Jahren ebenfalls eine Entwicklung gegeben, welche sich in einer Zunahme an Fällen und Wartezeiten ausdrücke. Die Schwere und Komplexität der Fälle habe ebenfalls zugenommen.

Der Ausländerbeirat berichtet, dass in ihrer Rechtsberatung primär das Konsumverhalten das Problem sei, wenn es um Fragen im Bereich Schulden und Finanzen gehe.

### **3.11 Ressourcen**

Die Expert\*innen in den Sozial- und Schuldnerberatungen berichten übereinstimmend, dass die finanziellen Ressourcen nicht ausreichen würden. Die aktuelle Entwicklung zeige, dass die Stunden wegen steigender Tariflöhne teilweise reduziert werden. Dies ist angesichts des Bevölkerungswachstums in einzelnen Stadtteilen widersprüchlich, da eine Erhöhung der Beratungsstunden notwendig sei.

Bei den personellen Ressourcen herrsche ebenfalls ein Mangel. Die Expert\*innen betonen, dass es aktuell an Fachkräften in der Sozial- und Schuldnerberatung fehle. Besonders hoher Bedarf bestehe an ausgebildeten Sozial- und Schuldnerberater\*innen und Verwaltungsfachkräften. Zusätzliche Fachkräfte würden eine Entlastung sowie eine bessere Versorgung in den Sozial- und Schuldnerberatungsstellen herbeiführen.

Fachlich wird aktuell über sogenannte Integrations- und/oder Vermittlungslots\*innen diskutiert, die zur Entlastung beitragen sollen. Potenzielle Einsatzmöglichkeiten wären in der Kommunikation zwischen Ämtern, da diese Tätigkeit aktuell viele Arbeitsstunden bindet.

Die GWA-Träger erläutern, dass trotz des grundsätzlichen Mangels an Fachkräften in der Sozial- und Schuldnerberatung, eine Hilfe durch „Integrations- und/oder Vermittlungslots\*innen“ als nicht sinnvoll angesehen wird. Da diese Lots\*innen nicht die ausreichenden Kenntnisse von den komplexen Sachverhalten haben und auch nicht eigenständig - zum Beispiel mit den Behörden - für die Klient\*innen interagieren können, werden Lots\*innen eher als zusätzliche Belastung für die Sozial- und Schuldnerberatung eingeschätzt.

Der geringste Bedarf herrsche aktuell an räumlichen Ressourcen. Die Expert\*innen berichten, dass sie mit den zur Verfügung stehenden Räumen produktiv arbeiten können. Zudem kann festgehalten werden, dass die Erreichbarkeit mittels des öffentlichen Nahverkehrs bei sämtlichen Sozial- und Schuldnerberatungsstellen gewährleistet ist.

Bei der Kategorie "niedrigschwelliges Angebot" herrsche ein gemischtes Bild. So berichtet ein Experte, dass die aktuelle Mitarbeiter\*innenzahl im Studierendenwerk nicht ausreiche, um der gestiegenen Nachfrage nach Beratungen gerecht zu werden. Des Weiteren liegt ein Mangel an räumlichen Ressourcen vor. Dieser Mangel drückt sich darin aus, dass es zu wenig Räume gebe, um produktiv zu arbeiten. Man müsse sich Büros teilen, was angesichts der sensiblen Inhalte in den Beratungsgesprächen nicht vereinbar sei.

Der Experte in der Kategorie "Insolvenzberater\*innen" berichtet, dass aktuell kein Mangel an finanziellen, personellen oder räumlichen Ressourcen vorliege.

### **3.12 Perspektive**

Kategorienübergreifend berichten alle Expert\*innen, dass aufgrund der Inflation und aufgrund des kommenden Anstiegs der Energiepreise auch die Anzahl an Ratsuchenden nochmals steigen werde. Man rechne zudem mit einer höheren Nachfrage aus dem Niedriglohnsektor sowie von Rentner\*innen, wenn diese aktuell keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben.

### **3.13 Wünsche**

Die Expert\*innen aus den Kategorien "Sozial- und Schuldnerberatungsstellen" und "niedrigschwellige Angebote" berichten übereinstimmend, dass die Zusammenarbeit mit Behörden ein großes Problem sei. Hier müsse in erster Linie die persönliche Erreichbarkeit wieder gewährleistet sein.

Des Weiteren sei die aktuelle Umsetzung an digitalen Angeboten unzureichend. Auf die Nachfrage, was die Stadt Marburg machen könnte, um die Situation zu verbessern, berichten die Expert\*innen, dass die Potenziale der Digitalisierung ernsthaft genutzt werden müsse.

Grundlegend wäre hierbei, dass der Zugang zu einem Online-Angebot für jede\*en gewährleistet sein müsse. Das digitale Angebot sollte zudem genügend Übersetzungen enthalten.

Zuletzt sei zu erwähnen, dass die Kommunikation zwischen den Behörden vereinfacht werden müsse. Dies könne sich darin ausdrücken, dass die Behörden eine Weiterleitung an die anderen behördlichen Stellen vornehmen. Dies würde die Bearbeitungszeit erheblich verkürzen und zudem Arbeitsstunden sparen.

Ableitend aus der Rubrik "Ressourcen" müsse die Stadt Marburg Fachpersonal fördern. In diesem Zusammenhang wünschen sich Expert\*innen aus der Kategorie "Sozial- und Schuldnerberatung" und "niedrigschwelliges Angebot" eine finanzielle Förderung bei der Ausbildung zum\*r Sozial- und Schuldnerberater\*in. Das Interesse an der Weiterbildung wurde ausdrücklich bejaht.

Eine Expertin äußerte zum Schluss noch folgenden Wunsch: *"Ich würde mir für Sozialleistungsempfänger von ALG II wünschen, dass eine Aufnahme von Arbeit belohnt werde, indem die Personen mehr behalten dürfen. Man müsse arbeiten attraktiver machen."*

#### 4. Fazit

Die Sozial- und Schuldnerberatung braucht Planungssicherheit. Die Finanzierung der Sozial- und Schuldnerberatung muss eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Beratungsstelle unter Berücksichtigung tariflicher Löhne, Verwaltungskosten, Fortbildung und Sachkosten umfassen. Nur dadurch kann die Qualität und der Erfolg der Sozial- und Schuldnerberatung sichergestellt werden.

Aus der vorliegenden Bedarfsanalyse für das Stadtgebiet Marburg wird deutlich, dass es derzeit keine befriedigende Finanzierung gibt. Die bisherige Finanzierung gibt den Trägern nicht die Möglichkeit, den aufkommenden Bedarf adäquat zu decken. Die schon angesprochenen Perspektiven (Inflation und Energiepreisentwicklung) scheinen die schon schwierige Situation noch mehr zu verschärfen.

Die drei Gemeinwesenträger haben in den Expert\*inneninterviews formuliert, dass mindestens eine zusätzliche halbe Stelle pro Stadtteil (Waldtal, Stadtwald, Richtsberg) für die Sozial- und Schuldnerberatung erforderlich ist.

## 5. Anhang - Anlagen

### 5.1 Übersicht der am Bericht mitwirkende Expert\*innen

Folgende Expert\*innen haben an der Erhebung teilgenommen:

Expert*innen	Kategorie
Caritasverband Marburg e.V.	Sozial- und Schuldnerberatung (Kategorie 1)
BSF - Bewohnernetzwerk für Soziale Fragen e.V.	Sozial- und Schuldnerberatung (Kategorie 1)
IKJG - Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit e.V.	Sozial- und Schuldnerberatung (Kategorie 1)
AKSB - Arbeitskreis Soziale Brennpunkte e.V.	Sozial- und Schuldnerberatung (Kategorie 1)
Studentenwerk Marburg	Niedrigschwelliges Angebot (Kategorie 2)
Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg	Niedrigschwelliges Angebot (Kategorie 2)
Stadt Marburg Fachdienst 50 - Soziale Leistungen ASD – Allgemeiner Sozialer Dienst	Niedrigschwelliges Angebot (Kategorie 2)
Insolvenzberater Herr S.	Kostenpflichtiges Angebot (Kategorie 3)

## 5.2 Erhebungsmethode

Oberthema	Checkliste	Formulierungen
<p>Übersicht über bestehender Angebote in Marburg</p>	<p>- Nachfrage der Angebote identifizieren</p> <p>Ziel: die typische Fragestellung zu identifizieren und weniger relevante Fragestellung kennzeichnen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie sieht ein typischer Fall in der Schuldnerberatung aus?</li> <li>- Welches Angebot wird besonders häufig wahrgenommen (wird das nicht vorher durch den typischen Fall erfragt)?             <ul style="list-style-type: none"> <li>o Was sind besonders häufige Ausgabenfallen?</li> <li>o Sind es eher viele kleine Aufgaben?</li> <li>o Oder große Investitionen, die zur Überschuldung führen</li> </ul> </li> <li>- Welches Angebot wird besonders selten wahrgenommen?</li> <li>- Wie gehen Sie mit Anfragen um, die Sie selbst/ihre Organisation nicht bedienen können?</li> <li>- Erhalten sie häufig Anfragen, die Sie bzw. ihre Organisation nicht bedienen können</li> <li>- Bieten Sie ein Online-Angebot an?</li> </ul>

<p><i>Klientel</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wer kommt in ihre Schuldnerberatung</li> <li>o Wohnort (Wohnform)</li> <li>o Alter</li> <li>o Staatsangehörigkeit</li> <li>o Kulturell</li> <li>o Sozioökonomisch</li> <li>o Erwerbstätigkeit</li> <li>o Geschlecht</li> <li>o Kinder</li> <li>o Partnerschaft/Alleinlebend</li> <li>o Süchte</li> <li>o Psychische oder körperliche Erkrankungen</li> <li>o Sonstige „Schicksalsschläge“ (Scheidungen, Todesfälle, Gebäudeschäden, etc.)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Können Sie mir einen prototypischen Klienten beschreiben</li> <li>o Gibt es Personen, welche besonders häufig einen Bedarf haben</li> <li>- Gibt es bestimmte Personengruppen, die besonders selten oder nie ihre Beratung aufnehmen</li> <li>o Sozioökonomisch</li> <li>o Kulturell</li> <li>o Alter</li> </ul>
<p><i>Mitarbeiter*innen und Zertifizierung</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Qualifikation und Zertifizierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Welche Ausbildung müssen die Mitarbeiter in der Schuldner- und Insolvenzberatung vorweisen?</li> <li>- Nehmen die Mitarbeiter*innen regelmäßig an Fortbildungen teil?</li> <li>- An welchen Weiterbildungen /Fortbildungen nehmen ihre Mitarbeiter teil?</li> </ul>
<p><i>Beratungskonzept</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gibt zugrundeliegende Beratungskonzepte in der Schuldner und Insolvenzberatung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gibt es Beratungskonzepte, die in der Beratung angewendet werden?</li> <li>- Fehlt es ihrer Meinung nach Beratungskonzepten bzw. müssten diese erweitert werden?</li> </ul>
<p><i>Bedarf</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erwartungen der Klientel</li> <li>- Besonderen Bedarf identifizieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Welche Erwartungen haben die Klient*innen an Sie?</li> <li>o Realistische vs. unrealistische</li> <li>- Gibt es bestimmte Fragen, die häufiger auftreten</li> </ul>

<p><i>Blind spots – Blinde Flecke</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gibt es einen Bedarf, welcher vorkommt jedoch nicht bedient werden kann?</li> <li>o Häufigkeit bzw. Relevanz einer Fragestellung</li> <li>o Personengruppen</li> <li>o Orte, die einen intensiveren Bedarf benötigen?</li> <li>o Wie sieht dieser notwendige Bedarf aus?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gibt es aus ihrer langjährigen Erfahrung blinde Flecke in der Schuldnerberatung</li> </ul>
<p><i>Prävention</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Primärprävention</li> <li>- Sekundärprävention</li> <li>- Tertiärprävention</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sind Maßnahmen vorhanden, die frühzeitig greifen, um eine Überschuldung bzw. Insolvenz zu vermeiden (sekundäre Prävention)</li> </ul>
<p><i>Zusammenarbeit</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kooperation in MR?</li> <li>- Kooperationen Hessenweit</li> <li>- Kooperation mit staatlichen Stellen</li> <li>- Kooperation mit Kliniken, Psycholog*innen, anderen Beratungsstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit wem?</li> <li>- In welchen Fällen</li> <li>- Qualität der Kooperationen</li> <li>- Fortbildungen</li> <li>- Was fehlt in der Zusammenarbeit?</li> </ul>
<p><i>Entwicklung</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- IST – Zustand</li> <li>- Entwicklungen</li> <li>o Anzahl der Fälle</li> <li>o Schwere der Fälle</li> <li>o Fallkonstellation</li> <li>o Wartezeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie sieht die aktuelle Nachfrage in der Schuldnerberatung aus?</li> <li>- Hat sich der Bedarf rückblickend in den letzten zwei Jahren verändert?</li> <li>- Können Sie mir sagen, wie genau sich die Situation verändert hat?</li> <li>o Anzahl der Fälle</li> <li>o Schwere der Fälle</li> <li>o Fallkonstellation</li> <li>o Wartezeiten</li> </ul>

<p><i>Ressourcen</i></p>	<p><i>Subjektiv wahrgenommen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Finanzielle Ressourcen der Schuldnerberatung</i></li> <li>- <i>Personelle Ressourcen</i></li> <li>o <i>Ist die Schuldnerberatung ihr Haupttätigkeit?</i></li> <li>- <i>Räumliche Ressourcen</i></li> <li>o <i>Behindertengerecht</i></li> <li>o <i>Aufzüge</i></li> <li>o <i>Erreichbarkeit</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Sind die finanzielle Ressourcen aus ihrer Sicht ausreichend?</i></li> <li>o <i>Summe</i></li> <li>- <i>Ist die jetzige Personalsituation ausreichend</i></li> <li>- <i>Ist die Schuldnerberatung gut zu erreichen?</i></li> <li>- <i>Sind die Räumlichkeiten ausreichend, um produktiv zu arbeiten.</i></li> </ul>
<p><i>Perspektive</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Auswirkungen der Corona Pandemie</i></li> <li>- <i>Auswirkungen der Inflation</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Wenn Sie an die Situation VOR der Pandemie denken: hat die Zahl der Anfragen zugenommen? Hat sich die Art der Anfragen verändert (falls ja: in welcher Hinsicht? Andere Klientel?)</i></li> <li>- <i>Erwarten Sie Veränderungen der Bedarfe im kommenden Jahr? (in welcher Hinsicht?)</i></li> <li>- <i>Was tun Sie dagegen</i></li> </ul>
<p><i>Wünsche</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Rahmenbedingungen (Energiegeld, Mehrwertsteuersenkung?)</i></li> <li>- <i>Gesetzgebung?</i></li> <li>- <i>Fördermöglichkeiten?</i></li> <li>- <i>Fortbildungen?</i></li> <li>- <i>Kooperationen?</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Was wären aus ihrer Sicht optimale Bedingungen für Schuldnerberatung in MR/ Mittelhessen aus?</i></li> <li>- <i>Was könnte Politik tun, damit weniger Menschen in Schuldenfallen abrutschen?</i></li> <li>- <i>Was könnte die Stadt Marburg tun?</i></li> </ul>

### 5.3 Anschreiben zur Kontaktaufnahme für Interviews

#### Sozial- und Schuldnerberatung im Stadtgebiet Marburg

#### *Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse im Auftrag der Stadt Marburg*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Dominik Petan und ich wende mich im Auftrag der Universitätsstadt Marburg an Sie. Um den Auftrag inhaltlich darzustellen, verweise ich auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2022.

Die Fraktion Marburger Linke hat einen Antrag zur Anhebung der finanziellen Mittel und personellen Kapazitäten für die Sozial- und Schuldnerberatung, sowie für die Beratung und Begleitung in der Privatinsolvenz gestellt.

Dieser Antrag wurde in einer geänderten Fassung vom Stadtparlament beschlossen. Es wird nun geprüft, ob ein zusätzlicher Bedarf an finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen für die Sozial- und Schuldnerberatung in Marburg besteht.

Im Rahmen meiner Masterarbeit übernehme ich diese Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zur Sozial- und Schuldnerberatung in Marburg.

Entsprechend der Beschlussfassung werden verschiedene Aspekte betrachtet:

- Maßnahmen identifizieren, welche auf eine Vermeidung von Überschuldung und Insolvenz abzielen;
- zusätzliche Bedarfe an Angeboten der Sozial- und Schuldnerberatung ermitteln;
- Erfassen, welche Konzepte für die Beratung und Begleitung von Privatinsolvenzen bereits verwendet werden;
- den Umfang mobiler Beratungsmöglichkeiten und Online-Angebote identifizieren,
- Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit, um die Zielgruppe zu erreichen.

**Wir bitten Sie um Unterstützung und Informationen, um den aktuellen Bedarf zu ermitteln und um gegebenenfalls die bestehenden Angebote bedarfsgerecht zu erweitern.**

Hauptamtliche Ansprechpartnerin ist städtische Sozialplanerin Monique Meier.  
Als Honorarmitarbeiter können Sie mich über die folgenden Kontaktdaten erreichen:

*Dominik Petan*

*Telefon:*

*E-Mail-Adresse:*

#### Vorgehensweise / Methode

**Im Rahmen von Telefoninterviews** möchte ich Ihre Einschätzung erfragen, Informationen zu den verschiedenen Aspekten erhalten und bitte Sie, von Ihren Erfahrungen zu berichten.

Zur Vereinbarung von Terminen für die Telefoninterviews werde ich mich in der 30. Kalenderwoche bei Ihnen melden.

Für Ihre Unterstützung bedanke ich mich im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Dominik Petan  
Honorarmitarbeiter der  
Sozialplanung der Universitätsstadt Marburg